

Konstituierende Nationalversammlung. — 25. Sitzung am 26. Juli 1919.

119/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Wagner und Genossen an die Staatsregierung,
betreffend Grundveräußerungen seitens der Großgrundbesitzer.

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, wo seitens der Großgrundbesitzer Gründe, die der Landwirtschaft dienen, verkauft werden, um dem geplanten Abbau des Großgrundbesitzes zuvorzukommen. Bei dem begreiflichen Streben weiter Bevölkerungskreise nach Bodenbesitz hat dies eine für die Volkswirtschaft äußerst schädliche Steigerung des landwirtschaftlichen Bodenpreises zur Folge; beispielsweise wurde in leider nicht vereinzelt Fällen für den Quadratmeter Ackerlandes ein Preis von 3 K gefordert und auch entrichtet.

Außerdem birgt diese Art des Besitzwechsels an landwirtschaftlichen Grundstücken, durch deren mög-

lichen Übergang in solche Hände, die der Landwirtschaft unkundig sind, eine schwere Gefahr für die Ernährung der Staatsbevölkerung.

Die Gesehrigten stellen daher an die Regierung die Anfrage:

„Ist die Regierung und insbesondere das Staatsamt für Justiz geneigt, wirksame Vorkehrungen gegen derartige Grundveräußerungen zu treffen und zu diesem Zwecke eine Sperre des Verkehrs mit landwirtschaftlichen Grundstücken zu verfügen?“

Gürtler.
J. Eisenhut.
Leopold Höchtl.
Matthias Dersch.

Dr. J. Wagner.
Buchinger.
Josef Grim.
Dr. Buresch.
Dr. Migner.